Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang | Freitag, 27. Mai 1921 | Nummer 242 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gemeindefinanzen

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hat der Kämmerer die trostlose Lage der Berliner Gemeindefinanzen dargelegt und sie in der Hauptsache auf die zu große Zahl von Angestellten und Arbeitern in der städtischen Verwaltung und in den Werken zurückgeführt. Wie einseitig diese Darstellung ist, zeigt der nachfolgende Artikel, der bereits vor einiger Zeit geschrieben worden ist, aus Raummangel aber immer wieder hat zurückgestellt werden müssen.

In zahlreichen Städten und Landgemeinden verfügen die sozialistischen Parteien in den Gemeindevertretungen über die Mehrheit der Mandate. Vor ihnen steht deshalb die Aufgabe, soweit es im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse möglich ist, im sozialistischen Sinne zu wirken. Der Wille zur Betätigung, zur Aenderung und Neugestaltung ist fast überall lebendig. Gleichzeitig ist die Fülle dringender Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete durch den langen Krieg und seine sich immer deutlicher bemerkbar machenden Folgen geradezu unübersehbar geworden. Die Beschaffung von Wohnräumen, die Ausscheidung unhygienischer und zum Teil unbewohnbar gewordener Häuser, die Bekämpfung der Tuberkulose und Kindersterblichkeit, der Arbeitslosigkeit und die Fürsorge für die zahllosen Opfer des Krieges, stellen die Gemeindevertretungen vor Probleme größten Ausmaßes, die ihnen unmittelbarer vor Augen stehen als den Regierungen und dringend Lösung heischen.

In einer derartigen schwierigen und sofortige Hilfe erfordernden Lage aber zeigt es sich fast überall, daß die Mittel, welche den Gemeinden zur Verfügung stehen, bzw. die Steuerquellen, die ihnen noch zur Ausnutzung verblieben sind, nicht im Entferntesten ausreichen, um auch nur die notwendigsten Maßnahmen in ausreichendem Umfange treffen zu können. Die Einkommensteuer ist auf das Reich übergegangen und Staat und Gemeinde erhalten nach den Bestimmungen des Landessteuergesetzes nur zwei Drittel des Aufkommens, deren Unterverteilung zwischen den einzelnen Ländern und Gemeinden der Landesgesetzgebung vorbehalten ist. Durch diese gesetzliche Bestimmung ist den Gemeinden die ihnen durch das Kommunalabgabengesetz in Preußen bis zum Jahre 1919 gegebene Berechtigung, Zuschläge zur Staatseinkommensteuer zu erheben, genommen und damit die volle Ausnutzung der ergiebigsten und gerechtesten Steuer entzogen. Sie sind vollständig in Abhängigkeit vom Reich geraten, dessen Finanzämter auch die Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer vornehmen — sollen.

Bis zurzeit ist allerdings durch diese Regelung nur erreicht worden, daß noch nicht einmal die Steuererklärungen für 1920 abgegeben sind. Durch Verfügung des Reichsfinanzministers ist die Frist wieder bis Mitte Mai verlängert worden und selbst, wenn keine weitere Hinausschiebung des Zeitpunktes mehr erfolgen sollte, dürfte das Veranlagungsgeschäft im günstigsten Falle im Spätherbst ganz durchgeführt sein. Dies bedeutet für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, in erster Linie für die Gemeinden, die Notwendigkeit, zur Deckung ihrer Ausgaben, immer wieder kurzfristige Schuldverpflichtungen einzugehen, und es ist bekannt, wie schwierig es bereits sehr zahlreichen Verwaltungen wird, Gelder in ausreichender Höhe zu erhalten. Die bisher geleisteten Anzahlungen auf die Einkommensteuer, die aus den Lohnabzügen herrühren, aber sind ganz unzureichend und die neueste Bestimmung, daß die Ueberweisung nicht mehr unmittelbar durch die Finanzämter, sondern auf dem Umweg über die Landesregierungen erfolgen soll, bringt weitere Erschwerung und Verzögerung mit sich.

Die verspätete Veranlagung und Erhebung aber bedeutet außerdem, daß eine nicht unbeträchtliche Verringerung der Steuerbeträge gegenüber den Summen eintreten wird, die bei recht zeitiger Durchführung aufgekommen wären, denn die Wirtschaftskrise und die Konjunkturschwankungen der letzten Monate haben manchen früheren Gewinn zerrinnen lassen, ehe er steuerlich erfaßt worden ist. Zudem hätte eine beschleunigte Durchführung des Einkommensteuergesetzes, sowie des die Gewinne der Gesellschaften erfassenden Körperschaftssteuergesetzes der weiteren Inflation des Geldmarktes in gewissem Umfange entgegengewirkt und dadurch der Gesundung der Staats- und Volkswirtschaft gedient.

Mit der Beschränkung der Gemeinden auf einen bestimmten Anteil des Aufkommens an Einkommensteuer mußten die anderen noch verbleibenden Steuerquellen erhöhte Beachtung finden. Die ursprüngliche Gesetzgebung des Reiches hatte im § 30 des Landessteuergesetzes den Gemeinden das Recht gegeben, den Teil des Einkommens, der vom Reiche steuerlich nicht erfaßt wurde, einer gesonderten Besteuerung zu unterwerfen. Aber bereits bei der Fassung der Gemeindebeschlüsse über die Ausnutzung dieser Berechtigung zwang eine Verordnung des Reichsfinanzministers (28. 5. 1920) den Gemeinden bestimmte Richtlinien auf, die eine gerechte Ausnutzung unter entsprechender Entlastung der minderbemittelten Schichten und stärkerer Heranziehung der besser gestellten Kreise über den Rahmen des angeführten Reichsgesetzes hinaus erschwerte.

Einzelne Landesregierungen gingen sogar soweit, den Gemeinden einen empfindlichen Zwang für die Annahme bestimmter Steuerverordnungen aufzuerlegen, die z. B. im Freistaat Hessen eine Erfassung des freigelassenen Einkommens bereits weit unterhalb der Grenze vorsahen, die als notdürftigstes Existenzminimum anzusprechen ist. Durch die kürzlich beschlossene Novelle zum Einkommensteuergesetz aber fällt die entsprechende Bestimmung des Landessteuergesetzes sinngemäß fort und den Gemeinden wird rückwirkend vom 1. April 1920 eine Steuerquelle versperrt, auf deren Ausnutzung in nicht wenigen Orten der Haushaltsvoranschlag für 1920 und für 1921 in gewissem Maße aufgebaut war. Trotzdem haben die bürgerlichen Parteien im Steuerausschuß des Reichstags einen Antrag der sozialistischen Parteien auf Ersatz des Ausfalls durch das Reich abgelehnt. Reich und Staat übertragen aber in unbekümmerter Zuversicht ständig weiter neue soziale Aufgaben auf die Gemeinden, während sie gleichzeitig die finanzielle Möglichkeit einer Erfüllung in einem geradezu katastrophalen Ausmaß wegnehmen.

Für die Bestreitung der Ausgaben bleiben als nächste wichtigste Steuern die sogenannten umlagefähigen Realsteuern, nach denen aber in Preußen der Staat schon ausschaut, um mit ihrer Hilfe seinen eigenen Finanznöten entgegenzutreten. Die Verwirklichung dieser Absicht würde für das kommunale Eigenleben einen so schweren Schlag bedeuten, daß die aufbauenden Kräfte in der Kommune, die sich bereits jetzt angesichts der Geldmisere nur mit äußerster Mühe in einem durchaus nicht zureichenden Umfange auswirken können, zur Ergebnislosigkeit verurteilt wären. Angesichts dessen aber, daß bei der wachsenden Reaktion in Staat und Reich die kommunale Verwaltung für unsere sozialistische Betätigung von größter Bedeutung werden muß und diese Zellenbildung neuer Staatsgestaltung zu einer immer wichtigeren Aufgabe aller sozialistischen Parteien wird (ganz abgesehen von der unmittelbaren Fürsorge, die gerade die Gemeinde für das Proletariat auszuüben vermag), ist es eine sehr ernste Aufgabe der sozialistischen Abgeordneten, in den Parlamenten mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der steuerlichen Selbstverwaltung einzutreten.

Die Ausgestaltung der Realsteuern ist notwendig und zwar vor allem deshalb, weil die meist übliche Form der durch das Kommunalabgabengesetz vorgesehenen Zuschläge zu den Sätzen der staatlichen Veranlagung teils ungerecht, teils unergiebig ist. Besonders gilt dies z. B. für die Grundsteuer, deren Unterlagen seit fünfzig Jahren unverändert bestehen und eine steuerliche Bevorzugung der Landwirtschaft darstellen, die in keiner Beziehung gerechtfertigt ist. Auch die Gewerbesteuer wird je nach den örtlichen Verhältnissen auf besondere, von der staatlichen Veranlagung abweichende Grundsätze zu stellen sein, für die das K. A. G. ausreichende rechtliche Möglichkeiten schafft. Jedenfalls geben diese Realsteuern noch einen in den meisten Gegenden nicht unerheblichen Teil der Summe ab, mit der die Gemeinden als ihrem Geldbedarf rechnen müssen.

Zu diesen Steuern tritt dann die durch das Landessteuergesetz vorgeschriebene Lustbarkeitssteuer, die finanziell nicht unergiebig ist, ferner die Wertzuwachssteuer, die über den Rahmen des Reichsgesetzes hinaus ausgestaltet werden kann und voraussichtlich in den nächsten Jahren größere Beträge ergeben wird. Ferner nach dem bekannten Erzbergerschen Rezept, die Freiheit, Steuern zu erfinden, die aber bisher zu keinen idealen Ordnungen geführt hat. Die Wohnungsluxussteuer, welche die im Verhältnis zur Zahl ihrer Bewohner zu großen Wohnungen einer Sonderbesteuerung unterwerfen soll, wird mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 23 K. A. G. von den Aufsichtsbehörden zumeist abgelehnt und ihre allgemeine Durchführung wird erst möglich sein, wenn durch Landesgesetz der betreffende Absatz im K. A. G. gestrichen wird.

Neue Pläne für Oberschlesien

Italienisch-englische Vorschläge

Utd. Tel. Paris, 27. Mai.

Zur oberschlesischen Frage liegen von englischer und italienischer Seite neue Vorschläge vor. Die Engländer möchten das Industriegebiet, um das gegenwärtig gekämpft wird, vorderhand besetzen und die Teilung dieses Gebietes einstweilen zurückstellen. Inzwischen würden sie die Verwaltung einer interalliierten Kommission zuweisen. Die südlichen Bezirke sollen schon jetzt den Polen zugewiesen werden, während Deutschland sofort die westlichen Gebiete erhalten soll. Der italienische Vorschlag ist in der Note des Grafen Sforza enthalten, die der französische und wahrscheinlich auch schon der englischen Regierung unterbreitet worden ist. Nach diesem Vorschlage sollen den Polen 45 Prozent der polnischen Stimmen angerechnet werden, das wären 5 Prozent mehr, als es der Vorschlag des englischen Vertreters in der Plebiszitkommission vorsieht. Für die Polen würde dieser italienische Vorschlag also einen Gewinn bedeuten. In französischen Kreisen findet er jedoch keinen großen Anklang, denn Graf Sforza besteht darauf, daß entsprechend dem Vorschlage des italienischen Vertreters in der Plebiszitkommission den Deutschen 89 Prozent der deutschen Stimmen angerechnet werden. Französischerseits befürchtet man auch, daß alle Gebiete, die nicht jetzt schon den Polen zugesprochen werden, ein für alle Mal für die Polen verloren sind.

Das Programm der Boulogner Konferenz

Paris, 27. Mai.

Havas Exelsior berichtet, daß sich der Oberste Rat, dessen Tagungstermin noch nicht feststehe, nicht nur mit der Oberschlesischen Frage befassen werde, sondern auch mit der Räumung der Kohlenhäfen auf dem rechten Rheinufer, sowie mit der politischen und finanziellen Lage, die durch die Annahme des Ultimatums in Deutschland geschaffen worden sei. Exelsior meldet ferner, daß die Ankunft einer italienischen Note in Paris und London bevorstehe, die sich um eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen bemühe und einen Vorschlag für die neue Grenze enthalte.

Rücktritt des polnischen Außenministers

Paris, 26. Mai.

Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat der Staatschef das Rücktrittsgesuch des Fürsten Sapieha angenommen und den Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, Dombski mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Außenministeriums betraut.

Abberufung englischer Offiziere aus Oberschlesien

Utd. Tel. Paris, 27. Mai.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" in Oppeln meldet seinem Blatte, daß Oberst Percival sämtliche englischen Offiziere, die in Verbindung mit den Deutschen stehen, abberufen hat. Diese Maßnahme wird darauf zurückgeführt, daß in deutschen Blättern behauptet wurde, zwei englische Offiziere hätten bei den deutschen Angriffen auf Annaberg am letzten Sonntag mitgewirkt.

Die englischen Truppen für Oberschlesien

London, 26. Mai.

Das Kriegsamt teilt mit, daß das erste der vier englischen Bataillone, die vom Rhein nach Oberschlesien gehen, Köln Freitag nacht verlassen wird. Außer diesen vier Bataillonen werden noch zwei Bataillone irischer Regimenter, die jetzt in England sind, nach Oberschlesien gehen, so daß sich schließlich sechs englische Bataillone dort befinden werden.

Die Lage im Aufstandsgebiet

Oppeln, 26. Mai.

Wolffs Bureau berichtet: Die Lage an den Grenzen des Aufstandsgebietes ist **im allgemeinen unverändert.** Zwischen Jamm und Rosenberg versuchten die Polen aus dem Walde über Albrechtsdorf vorzugehen, sie wurden aber vom **deutschen Selbstschutz** zurückgewiesen. Es liegen Nachrichten vor, daß die Insurgenten stärkere Banden bei Groß-Strehlitz vereinigt haben. Es hat den Anschein, daß sie noch größere Angriffe versuchen werden, bevor die englischen Truppen eintreffen. Ein starker polnischer Angriff auf Landsberg wurde zurückgeschlagen. Kämpfe bei Malapane und Raschau und um den Bahnhof von Groß-Stein, die mit Angriffen der Aufständischen heute früh zwischen 2 und 3 Uhr begannen, waren mittags noch im Gange. Ueber ihren Ausgang liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor. Bei Zembowitz ist **polnische Artillerie** aufgetreten, zwei 10,5 Zentimeter-Geschütze der Polen wurden festgestellt, die Radau und Lenke beschossen. Südlich Cosel links der Oder bis Ratibor lebhaftes Maschinengewehrfeuer der Insurgenten. **Kattowitz ist aufs höchste bedroht.** Die Insurgenten stehen unmittelbar am Wilhelmsplatz und haben dort nicht nur Maschinengewehre, sondern auch Geschütze aufgefahren. Die Bevölkerung leidet sehr unter Wassermangel. Die Telegraphen- und Fernsprechverbindungen mit dem Industriegebiet sind gänzlich unterbrochen.

Immer noch Zuzug aus Polen!

London, 27. Mai.

„Morningpost" zufolge wird von gutunterrichteter Seite erklärt, daß polnische Streitkräfte immer noch nach Oberschlesien einrücken.

Das Vertrauensvotum für Briand

Paris, 26. Mai. (Havas.)

Der zweite Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Vertrauen ausspricht und ihr zur Durchführung der Entwaffnung und der vollständigen Bezahlung mit sofortiger Anwendung der „Sanktionen" im Notfalle das Recht gibt, wurde mit 390 gegen 162 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung Arago wird in ihrer Gesamtheit mit 419 gegen 171 Stimmen angenommen.

Eine außerordentliche Erschwerung der kommunalen Tätigkeit bei der Einführung neuer Steuern oder dem Ausbau der bereits bestehenden aber wird durch die Bestimmungen des Landessteuergesetzes und die Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers geschaffen. Es ist vorgesehen, daß Steuerordnungen, welche geeignet sind, die Aufkommen an Reichssteuern wesentlich zu verringern oder wichtige finanzielle Interessen des Reiches zu gefährden, dem Einspruch des Landesfinanzamtes unterliegen. Neben der Aufsichtsinstanz der Regierung, dem Bezirksausschuß, durch die den Gemeindevertretungen bereits das Leben sauer genug gemacht werden kann, tritt eine zweite Reichsinstanz mit so weitgehenden und dehnbaren Rechten, daß gerade in dieser Hinsicht das Selbstverwaltungrecht der Gemeinden nur auf dem Papier steht.

Es zeigt sich aber vor allem unter diesen Verhältnissen in den Kreisen der Interessenten die Tendenz, das Reich gegen die Steuerpolitik der Gemeinden mobil zu machen und es ist einfach rührend, zu sehen, wie Kreise, die nichts so sehr scheuen als die Zahlung von Steuern, darin wetteifern, den Landesfinanzämtern die etwa zu erwartende Schmälerung von Reichseinnahmen in allen Farben zu schildern und aus reiner Besorgnis um den Säckel des Reiches um Einspruch gegen ihnen unbequeme Kommunalsteuern bitten. Dieser Zustand ist nachgerade zu einer Gefahr für die Gemeinden geworden und er erschwert außerdem durch den eintretenden monatelangen Zeitverlust eine wirksame Finanz- und Steuerpolitik in den Kommunen. Das Landessteuergesetz ist in dieser Beziehung sehr reformbedürftig und da der Wegfall des § 30 an sich Aenderungen notwendig macht, sollte der Reichstag zumindest für eine recht eindeutige Umgrenzung der aus den §§ 3—5 und 9 sich ergebenden Befugnisse sorgen.

Für den ununterbrochenen Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung aber ist es wichtig, in den Zellen des Staates, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, sich zu schulen für die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft, sowie alles aufzubieten, um mit Hilfe einer großzügigen sozialpolitischen Wirksamkeit den geistigen und körperlichen Zustand des leidenden Proletariats zu verbessern. Aus diesem Grunde ist es ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft, der kommunalen Politik eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und für die Erhaltung und Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte entschlossen zu kämpfen.

Keine Winkelzüge mehr!

England fordert die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren

Nach einer Reutermeldung ist die englische Regierung entschlossen, auf die Auflösung der bayrischen Einwohnerwehr bis zum 30. Juni unbedingt zu bestehen. Werde diesem Verlangen von Bayern nicht Folge geleistet, so würde ganz Deutschland für das Verhalten der bayrischen Regierung verantwortlich gemacht werden und würden die Sanktionen, die in London beschlossen wurden, sofort wieder in Kraft treten.

Die Reichsregierung muß nach dieser offiziellen Meldung aus London wissen, daß in der Frage der Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren keine Winkelzüge mehr gemacht werden dürfen. Trotz der Mitteilungen, daß Escherich und seine Leute sich den Forderungen des Ultimatums unterwerfen wollten, steht es doch fest, daß man auf indirektem Wege versuchen wird, die Orgesch doch noch am Leben zu erhalten. Es ist bereits kostbare Zeit mit Verhandlungen über das vertrödelt worden, was unbedingt getan werden muß. Wir verstehen überhaupt nicht, was es in diesen Fragen noch zu verhandeln gibt. Wenn die Reichsregierung nicht imstande ist, der bayrischen Reaktion Herr zu werden, so wird die deutsche Arbeiterschaft das ihrige dazu beitragen, daß der Widerstand der Orgeschleute gebrochen wird.

*

Der Forstrat Dr. Escherich hat Donnerstag nachmittag in Hannover eine Rede über die Organisation der bayerischen Einwohnerwehr gehalten, und gerade das, was er bei dieser Gelegenheit nicht gesagt hat, verstärkt das Mißtrauen, das man gegen die Zusicherungen der Orgeschleute hegen muß. Herr Escherich beteuert in seiner Rede, daß seine Organisation die besten Ziele verfolge. Alle Putsche gegen das Reich und seine Verfassung würden auf das schärfste bekämpft. Sein Unternehmen sei auf dem rechten Wege, um die Wiedergutmachung Deutschlands anzubahnen.

Aus dieser Rede geht also hervor, daß der Gründer der Orgesch gar nicht daran denkt, seine Organisation wieder abzubauen. Die Reichsregierung wird nun wissen, was von den Versicherungen der Orgeschleute, sie wollen selbst dafür sorgen, daß die Entwaffnung durchgeführt werde, zu halten ist.

Die erste Zahlung

W. T. B. teilt mit: Die Reparationskommission hat die erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark, die von der deutschen Regierung in Höhe von 150 Millionen Goldmark in Form von verschiedenen ausländischen Devisen angeboten worden war, bekanntlich in Dollar verlangt. Wie wir hören, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal Reservebank in New York überwiesen worden.

Bauer über die Pläne der Regierung

Der Vizekanzler Bauer antwortete in einer Unterhaltung mit dem Leiter des Berner Pressebureaus „Respublica" auf die Frage wie das Programm der deutschen Regierung zur Erfüllung des Ultimatums aussehen wird:

„In seinen großen Linien wird dieses Programm eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen enthalten, die es ermöglichen, den Alliierten alles zu geben, was Deutschland zur Abtragung seiner Schuld geben kann. Die jetzigen Steuern werden nicht genügen; sie werden deshalb erhöht werden müssen. Es müssen aber noch andere Wege gefunden werden, um die erforderlichen Mittel aufzubringen. **Das Nationalvermögen wird sicherlich herangezogen werden müssen.**

Im übrigen erwarten wir, daß die Alliierten, besonders Frankreich, der jetzigen Regierung keine unnötigen Schwierigkeiten machen, sondern durch eine gerechte Einschätzung der Mittel Deutschlands zur Erfüllung seiner Verpflichtungen unsere Aufgabe erleichtern werden. Eine sehr große Wichtigkeit lege ich der Garantiekommission bei, die sich bei uns niederlassen und Gelegenheit haben wird, an Ort und Stelle die Leistungsfähigkeit Deutschlands richtig einzuschätzen."

Wir können nicht finden, daß die Bemerkung, das „Nationalvermögen" werde sicherlich herangezogen werden müssen, an übermäßiger Deutlichkeit leidet. Herr Bauer hätte den Eindruck seiner Antwort auf das Ausland, aber insbesondere auf das Inland verstärkt, wenn er sich über die Absichten der Regierung ganz zweifelsfrei geäußert hätte.

Wer ist Fransecky?

Ueber die Vergangenheit des Generals von Fransecky, den eigenartigen „Sachverständigen" im Leipziger Kriegsverbrecherprozeß, teilt die „Sozial. Korr." folgendes mit: „Wes Geistes Kind Herr General von Fransecky, dieser Repräsentant des preußischen Militarismus ist, zeigt seine Beantwortung der Frage, ob denn auch Schläge gegen Kriegsgefangene erlaubt wären: Das wäre Ansichtssache. Dafür erklärte er aber, die Vorschriften über die Gefangenenbehandlung nicht zu kennen. Und darin zeigt sich die ganze Tragik des Falles Fransecky für die vielen Hunderttausende Deutscher, die selbst das traurige Los traf, hinter feindlichem Stacheldraht zu schmachten und als Kriegsgefangene Fronarbeit zu leisten. Herr Fransecky war nämlich während des Krieges **Detachementschef im Preußischen Kriegsministerium und Leiter der Abteilung für Kriegsgefangenenwesen.** Nur daher verfiel das Reichsgericht auf ihn als Sachverständigen. Diesem Manne also waren nicht nur die Kriegsgefangenen in Deutschland unterstellt, sondern ihm war auch **das Wohl und die Fürsorge für die kriegsgefangenen Deutschen in Frankreich, England, Rußland und sonstwo anvertraut.** All ihr Deutsche, merkt euch das wohl, und ihr werdet euch keineswegs mehr wundern, daß es 3½ Jahre dauerte, bis ein Berner Abkommen die Frage der Kriegsgefangenen international regelte und ihre Lage etwas besserte; daß man sich, zumal in den ersten Jahren des Krieges, so herzlich wenig um euch kümmerte, denn für Leute von der Geistesrichtung des Herrn von Fransecky waret ihr mit der Gefangennahme aus der Liste als Deutsche zunächst gestrichen. Das bestätigten ja nur allzu oft jene neutralen Vertreter, denen der diplomatische Schutz der Kriegsgefangenen oblag und die allzu oft ihre eigene Machtlosigkeit begründeten **mit der Auffassung über die Kriegsgefangenen an den höchsten militärischen Stellen in Preußen-Deutschland.** Das konnte aber nur der Fall sein, weil militärische Bureaukraten von der Engstirnigkeit eines Fransecky keine Ahnung hatten von den Vorgängen an der Front. Sie tobten ihr Heldentum am grünen Tisch der Heimat aus und erwarben sich die höchsten Kriegsauszeichnungen durch triefende Reden und forsche Befehle."

Standrechtlich erschossen!

Es ist bisher bestritten worden, daß anläßlich der Kämpfe in Mitteldeutschland **standrechtliche Erschießungen von Arbeitern** vorgenommen worden sind. Nun veröffentlicht das kommunistische Parteiblatt in Halle, „Die Tribüne", ein amtliches Dokument, aus dem hervorgeht, daß der Arbeiter **Peter** in **Querfurt** am 28. März **standrechtlich erschossen worden ist.** Das Dokument lautet:

Die Polizeiverwaltung der Stadt Querfurt.

Querfurt, den 30. März 1921.

Ihr am 28. d. M. hiers. **standrechtlich erschossener Ehemann** wird nachmittags **4 Uhr beerdigt,** wovon wir Ihnen hierdurch Mitteilung machen.

J. A.: (Unterschrift unleserlich).

An Frau
verw. Pauline Peter, geb. Dubilzig
hier
Bäckerstraße 8.

Durch dieses Dokument ist erwiesen, daß die süddeutsche Reichswehr, die in Querfurt gehaust hat, standrechtliche Erschießungen vornahm, **ohne daß die Regierung es bisher als notwendig angesehen hat, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen** und die Oeffentlichkeit über die Vorgänge wahrheitsgetreu zu unterrichten. Es muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß diese Akte der Willkür ihre rücksichtslose Ahndung finden. Der Mord an dem Arbeiter Peter und ähnliche Akte dürfen von der Regierung nicht mit dem Mantel der christlichen Liebe eingehüllt werden.

Der Prozeß gegen „Ferry"

Vor dem Sondergericht der Landesgerichte I und III fanden heute die Verhandlungen gegen den 35jährigen Schriftsteller Hering, der sich Ferry nannte, als Urheber des versuchten Siegessäulenattentates und gegen den Arbeiter Kramer wegen des Anschlages auf die Holtzendorfbrücke statt. Das Urteil gegen Ferry alias Hering lautete auf 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust. Stellung unter Polizeiaufsicht wurde als zulässig erklärt.

Der Arbeiter Kramer wurde zu 5 Jahren 7 Monaten Zuchthaus und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt, ein Monat der Untersuchungshaft wurde angerechnet. Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen lassen wir folgen.

England gegen die Abtretung Westungarns

London, 26. Mai.

Reuter erfährt zu den zwischen Oesterreich und Ungarn über die westungarischen Gebiete wiederaufgenommenen Verhandlungen. Der Stand der englischen Regierung sei, daß die Bestimmungen des Vertrages von Trianon genau angewendet werden müßten. Man werde aber keine Einwendungen gegen österreich-ungarische Verhandlungen erheben, die für beide Teile befriedigende Regelung bezweckten; nur müßten diese Verhandlungen von dem Grundsatze ausgehen, daß es sich um unstreitig österreichisches Gebiet handele. Im übrigen werde man befriedigt sein, wenn beide Parteien sich freundschaftlich einigten.

Arbeiter-Büchertisch

(Der Arbeiter-Büchertisch erscheint jeden zweiten Freitag.)

Der britische Sozialismus der Gegenwart

Der britische Sozialismus der Gegenwart findet eben wieder seinen Ausdruck in der gewaltigen Bewegung der größten gewerkschaftlichen Organisation der Welt, des Arbeiter-Dreibundes, der schon bei seiner Gründung im April 1914 eine Gesamtmitgliedschaft von 1½ Millionen aufzuweisen hatte. Die Arbeiterbewegung Groß-Britanniens ist unter den nationalen Bewegungen der Arbeiterschaft gegenwärtig zweifellos diejenige, die den stärksten Einfluß im eigenen Lande ausübt und durch die zunehmende Geschlossenheit ihrer Organisationen und die wachsende Einheitlichkeit ihrer Führung das größte Maß von Aktivität aufweist. Die Tendenz zur Einheitlichkeit, die in England zu beobachten ist, im Gegensatz zur Tendenz der Zersplitterung in fast allen übrigen Ländern der Internationale, wird begleitet von einem steigenden Einfluß der sozialistischen Weltanschauung und sozialistischer Methoden des Kampfes in der Arbeiterbewegung Groß-Britanniens. Heute sind wir daran gewöhnt, daß die englische Wirtschaft von den größten Streikbewegungen erschüttert wird. Als aber in den Jahren 1911 bis 1913 in den vereinigten Königreichen zum ersten Male gewaltige Klassenkämpfe ausbrachen, an denen Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter aus Wales, Schottland und Irland unter der Führung von Smillie, Tom Man, James Larkin und anderen Kämpfern teilnahmen, da bedeutete das nicht nur für die bürgerliche Welt, sondern auch für die organisierte Arbeiterklasse der anderen Länder, ja für die englische Arbeiterklasse selbst eine Ueberraschung. In der Internationale war man gewöhnt, über die Trade Unions ein wenig zu lächeln und die englische Arbeiterbewegung als eine „bürgerliche" Bewegung niedrig zu achten. In den letzten 10 Jahren aber hat die englische Arbeiterbewegung eine Entwicklung erlebt, die sie an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung geführt hat.

Diese Entwicklung wird kurz und übersichtlich und dennoch genügend ausführlich dargestellt in dem kleinen Büchlein von M. Beer „Der britische Sozialismus der Gegenwart" (1910—1920). Beer ist der deutschen Arbeiterschaft längst bekannt als Verfasser der „Geschichte des Sozialismus in England". Seine neue Schrift ist eine Ergänzung dieses größeren Werkes und es empfiehlt sich daher das Studium beider Arbeiten. Aber auch die Lektüre der neueren und kleineren Schrift, die im vorigen Jahre bei Dietz in Stuttgart erschienen ist (der Preis beträgt 5 M.), genügt, um über Stand und Wesen der englischen Arbeiterbewegung zu unterrichten. Wir erleben an anschaulichen, auf sachlichem Material gestützten Bildern die Entwicklung der englische Gewerkschaften vom Trade-Unionismus zur Klassenkampforganisation und wir lernen auch die Entwicklung der politischen Organisationen der englischen Arbeiterschaft kennen. Wir beobachten, wie alle Erscheinungen in der jüngeren Arbeiterbewegung des Kontingents, die wir gemeinhin als Erscheinungen der sozialistischen „Revolution" zu werten gewöhnt sind, in England vorhanden waren, lange bevor Europa an eine sozialistische Revolution in akuter Form dachte. Wir sind überrascht, wenn wir sehen, daß die Forderung der Produktionskontrolle durch Betriebsräte von der englischen Arbeiterschaft bereits im Jahre 1915 erhoben worden ist, und zwar in einer Form, die keineswegs eine geringere Reife der Erkenntnis zeigt, als wir sie heute besitzen. Auch den Gildensozialismus lernen wir kennen. Das Ergebnis des Büchleins ist, daß sich auch England mitten in der sozialistischen Revolution befindet, nur daß Geschichte, Tradition und politische Schulung des englischen Volkes im allgemeinen und der englischen Arbeiterbewegung im besonderen dieser sozialistischen Revolution andere Formen geben, als wir sie bei uns oder gar in Rußland oder noch weiter östlich beobachten. Wir empfehlen das Büchlein dringend der gesamten Arbeiterschaft.

R. S.

Gottsucher

Holitscher in Sowjet-Rußland

Als die russische Revolution vom Jahre 1905/06 im Abflauen begriffen war, machte sich in den Kreisen der radikalen Intellektuellen eine Strömung bemerkbar, die als „Gottsucher" bezeichnet wurde. Die Enttäuschung über die Fehlschläge der Revolution trieb auch manche frühere Sozialisten in das Lager der Gottsucher, so daß sowohl Lenin wie Plechanow sich genötigt sahen, gegen diese Strömung Front zu machen, die die Gefahr der Abkehr von der praktischen revolutionären Arbeit in sich barg.

Eine ähnliche Strömung wie vor anderthalb Jahrzehnten in Rußland beobachten wir jetzt in Deutschland. Allerdings in zwei verschiedenartigen Formen, die äußerlich miteinander in heftigem Gegensatz stehen. Während auf der einen Seite die Enttäuschung über die geringen Ergebnisse der Revolution manche Leute zur völligen Abkehr von der Wirklichkeit, zu religiösen und philosophischen Grübeleien treibt, sehen andererseits ähnlich gerichtete Leute — und nicht die schlechtesten — den einzigen Ausweg darin, daß sie sich von der „prosaischen", „verpfuschten" Revolution in Deutschland abkehren und ihr einziges Sehnen und Hoffen auf das Land der revolutionären Erfüllung, auf das große Sowjetrußland richten.

Einer von diesen „Gottsuchern", Arthur Holitscher, hat kürzlich unter dem Titel „Drei Monate in Sowjetrußland", (Berlin, S. Fischer Verlag), ein Buch herausgegeben, in dem die Ergebnisse seines mehrmonatigen Aufenthaltes in Rußland zusammengefaßt sind. Dieses Buch ragt, bei allen seinen Mängeln, weit über den Durchschnitt jener Literatur über Rußland hinaus, mit der betriebsame journalistische Geschäftemacher, politische Spekulanten und verbohrte Parteifanatiker in den letzten Jahren den europäischen Büchermarkt überschwemmten. Holitscher ist als typischer Ideologe, dem außerdem noch genauere Kenntnisse über Rußlands Wirtschaft und Politik fehlen, zur Einseitigkeit und Lückenhaftigkeit verurteilt. Aber er ist ein ehrlicher Mensch, ein guter Beobachter, ein rücksichtsloser Wahrheitsucher, und darum gibt sein Buch immerhin ein Bild des heutigen Rußlands, in dem das lebendig pulsierende Leben jede Tendenzmalerei überwuchert und — vielleicht gegen den Willen des Verfassers — seinen idealistischem Streben vielfach auf das krasseste widerspricht.

Holitscher macht allerdings von seiner tiefen Enttäuschung kein Hehl. „Ich suchte", schreibt er, „in Rußland eine Religion und fand eine Partei." Er zollt dieser Partei die größte Bewunderung und Hochachtung, er lobt den engeren Kreis der aufopferungsvollen, pflichtbewußten Parteiführer. Aber er schreckt doch, als freiheitliebender Westeuropäer vor dem großen Gefängnis zurück, in das die kommunistische Parteidiktatur das große russische Reich verwandelt hat. Er schildert die schwere Lage der Arbeiter, die, der Freizügigkeit beraubt, an di Fabriken gefesselt sind; er findet scharfe Worte der Verurteilung für das System der politischen Rechtlosigkeit, Bespitzelung und Willkür, das von den „Außerordentlichen Kommissionen" ausgeübt wird; er geißelt die ungeheuren Auswüchse der Sowjetbureaukratie, die wie ein Alp auf der gesamten Wirtschaft lastet und die Hauptursache des fortschreitenden wirtschaftlichen Verfalls ist; und er sieht sich schließlich zu der Feststellung genötigt, daß trotz aller drakonischen Maßnahmen der „Außerordentlichen Kommissionen", und trotz der unzähligen Dekrete der Sowjetbehörden, eine neue von unten aufsteigende Bourgeoisie alle papierenen Hindernisse forträumt und sich in den Besitz aller wirtschaftlichen Machtmittel setzt.

Für Holitscher sind alle diese Erscheinungen nur nebensächlicher Natur, die gegenüber dem großen Aufbauplan der kommunistischen Führer verblassen. Er betrachtet sie als Ergebnis menschlicher Schwäche, menschlicher Unvollkommenheit und Tücke und hofft, daß sie mit dem fortschreitenden Aufbau der Wirtschaft überwunden werden. Damit kennzeichnet er drastisch seine mehr moralisierende Betrachtungsweise, die nicht tief genug in die ökonomische Struktur Rußlands eindringt und völlig übersieht, daß das treibende Moment der russischen Revolution nicht der kommunistische Aufbauplan der Bolschewisten, sondern die bäuerliche Agrarrevolution ist. Darum vermag Holitscher auch keinen Schlüssel zur Lösung des russischen Problems zu liefern. Das einzige, was er gibt, ist eine von hohem ethischen Schwung durchdrungene Teilschilderung des heutigen Rußlands, die dem, der die Fragen der russischen Revolution an der Hand dieser eindringenden wissenschaftlichen Materials erforscht, als wertvolle Ergänzung dienen kann.

A. Stein.

Gegen die Zersplitterer!

Resolution

angenommen in der Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten in Amsterdam, (18.—20. Mai 1921)

Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureaus gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale.

Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat.

In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der 3. Internationale die Reaktionsgefahr andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolution präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt:

daß das Prinzip der Einheit eine unerläßliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen und die internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerläßlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.

Dämmert es endlich?

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der V. K. P. D. veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter Berlins, in dem er die Aufrufe und Forderungen der U. S. P. D. begrüßt und sich gleichzeitig auch den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anschließt. „Die Berliner Zentrale", heißt es in dem Aufruf, „sieht die Forderungen der U. S. P. D. und die des A. D. G. B. nicht für kommunistische Forderungen an, wird aber die Parteiorganisation für diese Forderungen einsetzen, weil sie den Kampf der Arbeiterklasse für unmittelbare Ziele einzuleiten geeignet sind."

Der Aufruf der Berliner Zentrale ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß es auch unter den Kommunisten, unter dem Einfluß der niederschmetternden Wirkung des Märzputsches, zu dämmern anfängt. Merkwürdig erscheint nur, daß eine solche Kundgebung, die für die taktische Einstellung der Kommunistischen Partei von einschneidender Bedeutung ist, nur von der Berliner Zentrale und nicht von der Zentralleitung der Kommunistischen Partei ausgeht. Für die Einschätzung dieses Schrittes ist es nicht unwesentlich, ob die Kundgebung den Anschauungen der gesamten Kommunistischen Partei entspricht oder nur eine Sonderaktion des Bezirksverbands Berlin-Brandenburg darstellt.

Doch darüber hinaus muß auch noch auf folgendes hingewiesen werden: Soll die Kundgebung der Berliner Zentrale mehr sein als platonisches Lippenbekenntnis, dem vielleicht nur der Wunsch zugrunde liegt, die Mitgliedschaft an der Stange zu halten, so müssen den Worten auch entsprechende Taten folgen. Begrüßt die Berliner Zentrale die Forderungen der U. S. P. D. und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, so darf weder der politische Kampf in der Wiedergutmachungsfrage, der auf dem Boden der zehn Forderungen der U. S. P. D. ausgefochten werden muß, noch die gewerkschaftliche Aktion, durch kommunistische Sonderaktionen und kommunistische Zersetzungsarbeit in den Organisationen gestört werden. Der unheilvolle Kampf gegen die Sozialisierungsaktion der U. S. P. D., den die Kommunisten monatelang geführt haben, muß eingestellt werden, da diese Aktion, die jetzt erneut auf die Tagesordnung gestellt wird, ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes um die Lösung der Wiedergutmachungsfrage im proletarischen Sinne ist.

Die Front der Arbeiterklasse, die allein imstande ist, diesen Kampf siegreich auszufechten, darf nicht zertrümmert werden durch phantastische Sonderaktionen, mit denen die Arbeiterschaft überfallen wird, sie darf auch nicht kompromittiert werden durch politische Handlungen, die Teile der Arbeiterschaft — wie das bei der Stellung der Kommunisten bei Unterzeichnung des Ultimatums der Fall war — in unmittelbare Nachbarschaft mit den Deutschnationalen bringen.

Dies sind einige der praktischen Konsequenzen, die sich aus der an sich erfreulichen Stellungnahme der Berliner Zentrale der V. K. P. D. zu den Forderungen unserer Partei und der Gewerkschaften ergeben. Wir würden es begrüßen, wenn die Kommunisten diese Folgerungen ziehen würden, denn nur durch den gemeinsamen Kampf auf dem Boden praktischer revolutionärer Ziele kann die Zerrissenheit der Arbeiterklasse überwunden und die Stellung des Proletariats befestigt werden. Von der Stellungnahme der Kommunisten zu den oben gekennzeichneten Konsequenzen wird es abhängen, ob die Kundgebung der Berliner Zentrale der V. K. P. D. ernst genommen werden kann.

Alles verloren!

Paul Levi gegen die „Götzen und Götzchen"

Paul Levi, der frühere Vorsitzende der V. K. P. D., veröffentlicht eine neue Broschüre, die seine Rede in der Sitzung des Zentralausschusses am 4. Mai 1921, wo sein Ausschluß aus der Partei bestätigt wurde, enthält. Aus dem Vorwort der Broschüre, die im Verlag von A. Seehof u. Co., Berlin, erschienen ist, entnehmen wir folgendes:

„Es ist jetzt gerade einen Monat her, daß meine Broschüre „Unser Weg" erschienen ist. Der Erfolg ist bereits einigermaßen zu übersehen.

Der eine Erfolg, der nach außen hin fast als der einzige erscheint, ist der, daß **jeder Gassenjunge glaubt, an der Spitze der deutschen Revolution zu marschieren,** wenn er mich einen Verräter oder sonst noch wer weiß was beschimpft. Dergleichen revolutionären Helden gönne ich ihr so beschaffenes Heldentum, und ich will kein Wort über sie verlieren.

Der andere Erfolg aber, das kann ich heute schon sagen, ist der: in der Sache hat meine Auffassung schon heute gesiegt. Nicht nur ist keine Rede mehr davon, die „Leviten" aus der Partei hinauszuwerfen, die hohe Zentrale, die sich bereits als Sternkammer etabliert hatte, ist heute froh, als Sekretärkollegium weiterwursteln zu dürfen, der Feldherrnhügel, von dem herab man die „Offensive" zu kommandieren wähnte, ist verlassen, und man gewinnt allmählich sogar Zeit, über der Hetze gegen mich auch **die Schäden zu besehen, die die Märzaktion der Kommunistischen Partei zugefügt hat.** Es sind inzwischen Leitsätze angenommen, die einer **Köpfung jener Zentrale** gleichkämen, die die Märzaktion „gemacht" hat, wenn es nicht ein Widerspruch in sich selbst wäre, **von Köpfung zu reden, wo kein Kopf** ist.

Nach außen aber freilich brüstet sich die Zentrale mit dem Sieg, den sie **über mich** erfochten hat; mein Skalp, denkt sie, lenkt der Gläubigen Blick von dem Rückzug der Zentrale in der Sache ab. Und **wo für die Kommunistische Partei alles verloren ist,** muß wenigstens das Prestige derer gewahrt werden, die die Verantwortung für den Verlust zu tragen haben. Die Sprünge, die einige dies- und jenseitige **Götzen und Götzchen** erlitten haben, sollen von außen nicht gesehen werden. So drückt sich die Zentrale und drücken sich die anderen Verantwortlichen vor dem Bekenntnis ihres Fehlers, dem einzigen, was sie der Kommunistischen Partei noch geben können. Sie meinen, je mehr sie gegen mich toben, um so eher hätten sie die Möglichkeit, um dieses Bekenntnis herumzukommen. Sie mögen sich gedulden: jene eherne Notwendigkeit, die über allem politischen Handeln und zumal **über allen politischen Fehlern waltet,** wird auch ihnen es nicht ersparen, ihr Prestige auf dem Altar der Partei zu opfern, an der sie soviel gesündigt haben, daß sie zu größeren Opfern **verpflichtet sind als nur dem des Prestiges. Und jeder Tag, an dem die Zentrale diese im tiefsten Innern unehrliche, ja verlogene Existenz weiterführt,** vergrößert ihre Schuld, **weil sie den Schaden der Partei vergrößert.**"

Paul Levi schließt sein Vorwort mit der Hoffnung, daß die Sache der Deutschen Kommunistischen Partei bald wieder an die „Triarier" kommen würde, nämlich an die ehemaligen Mitglieder des Spartakusbundes, und daß dann die kommunistische Sache einen neuen Aufschwung nehmen werde. Diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Was sich heute noch unter dem Namen Kommunismus verbirgt, das ist nichts anderes als Putschismus und Anarchismus, und diese Richtung in der Arbeiterbewegung wird ebenso verschwinden wie ihre Vorläufer in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der Gesundungsprozeß in der deutschen Arbeiterklasse wird fortschreiten und damit ist auch das künftige Schicksal der kommunistischen Bewegung voraus bestimmt.

Der zweite Leipziger Prozeß

In der Verhandlung gegen den früheren Hauptmann Müller sagte der Engländer Higgienbotham aus, daß die Gefangenen **auf der blanken Erde,** die kalt und schmutzig war, geschlafen hätten. Viele verbrachten die Nächte stehend. Die **Verpflegung war schlecht.** Der Angeklagte habe des öfteren „Verfluchte Engländer" geschimpft. Er habe allerdings einmal den Zeugen gegenüber, der etwas Deutsch kann und als Dolmetscher verwendet wurde, sich bereit erklärt, für die Gefangenen zu tun was in seinen Kräften stände. Auf eine Frage des Vorsitzenden weshalb die Deutschen Mannschaften besser als die englischen Gefangenen verpflegt worden seien, antwortete der Angeklagte, daß er sich genau an die Instruktionen gehalten habe.

Der Zeuge Eccles bestätigt, daß die Gefangenen auf der bloßen Erde schlafen mußten. 14 Tage später seien sie **alle verlaust gewesen.** Erst als eine deutsche Aerztekommission eintraf wurden sanitäre Maßnahmen getroffen. Leute, die einen Fluchtversuch gemacht hatten, wurden **zwei Stunden in die Sonne gestellt.** Nach dem 10. Mai 1918, nach dem Weggange des Hauptmanns, seien täglich zwei bis vier Gefangene gestorben.

Hauptmann Freiherr von Bieber aus Osnabrück sagt aus, daß die Gefangenen mit Wegebauten und im Munitionsdepot beschäftigt wurden. Er habe das Gefangenenlager revidiert und mit Gefangenen gesprochen. Sie **beschwerten sich über die Verpflegung.** Präsident zum Angeklagten: Warum haben Sie die Beschwerden nicht weitergegeben? **Der Angeklagte erwidert,** soweit es möglich war, habe er es getan.

Medizinalrat Dr. Schumacher aus **Koblenz war während** des ganzen Krieges Sanitätsoffizier und hat in dieser Eigenschaft die Verhältnisse im Gefangenlager kennen gelernt. Das Lager sei **überfüllt gewesen.** Es wird dann als Zeuge Generalarzt Dr. Buttersack aus Münster i. Westf. vernommen. Auch er hat das Lager inspiziert, weiß aber nicht, ob damals Hauptmann Müller Kommandant war. Der Oberreichsanwalt fragt den Zeugen: Kann jemand, der **Tausende von Läusen** hat, daran sterben? Der Zeuge verneint dies. Von einem Mitglied des Senats wird alsdann der Zeuge über die **Ursache der vielen Erkrankungen von Engländern an der Ruhr** befragt. Der Zeuge erwidert, nach seiner Beobachtung neigen Engländer und Amerikaner mehr zu dieser Krankheit als die Franzosen.

Der militärische Sachverständige General v. Fransecky richtet an einen Arzt die Frage, ob er den Major v. Bomsdorf über die Zustände im Lager unterrichtet habe. Der Zeuge sagt: Wir haben darüber gesprochen. Oberreichsanwalt: Ist denn etwas zur Abstellung geschehen? Zeuge: Ja. Es ist dem Lager gegenüber eine Baracke errichtet worden zur Aufnahme der Kranken. Die Sitzung wird schließlich auf Freitag vertagt.

Freigabe der Milcheinfuhr. Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, ist die Einfuhr von Frischmilch, Magermilch und Molken aus dem Auslande mit dem 1. Juni 1921 freigegeben.

Groß-Berlin

Freispruch einer Juwelendiebin wegen Kleptomanie

Ein merkwürdiger Straffall, der schon zahlreiche ärztliche Sachverständige beschäftigt hat, ist gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I zum Abschluß gekommen.

Wegen wiederholten Diebstahls zum Schaden verschiedener Juwelengeschäfte hatte sich eine Angeklagte zu verantworten, die aus einer angesehenen Familie in der Provinz stammt, die sorgfältigste Erziehung genossen hat und in ihrem Aeußeren und ganzen Auftreten den Eindruck einer vornehmen Dame macht. Die Strafsache schwebt schon seit dem Jahre 1918. Die Angeklagte Liesbeth Strick war beschuldigt und ohne weiteres geständig, in sechs Fällen in Berlin und in einem Falle in Dresden in Juwelengeschäften Brillanten und Juwelen gestohlen zu haben. Sie pflegte als „Gräfin Baudissin" oder „Freifrau von Storf" erste Juwelengeschäfte zu betreten und sich Schmucksachen zum eventuellen Ankauf vorlegen zu lassen. Ihr ganzes Auftreten war so sicher, daß ihr in den meisten Fällen seitens der Verkäufer nicht die sonst übliche Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Dadurch gelang es ihr wiederholt, sich unbemerkt dieses oder jenes Stück anzueignen. In einigen Fällen hat sie sich mit den erbeuteten Juwelen sofort in ein nahebei gelegenes Geschäft begeben und sie dort, ohne weiter nach einem Personalausweis gefragt zu werden, verkauft und sich dafür allerlei weiblichen Firlefanz, Toilettensachen u. dgl. gekauft. Einen Grund für diese verbrecherische Tätigkeit vermochte die Angeklagte, die in den besten Verhältnissen lebte und mit keinerlei Not zu kämpfen hatte, nicht anzugeben. Sie erklärte nur: wenn sie vor einem solchen Juwelierladen stand und in dem Schaufenster die blitzenden Juwelen sah, habe sie eine geheimnisvolle, unwiderstehliche Macht in den Laden getrieben. Da die ganze Persönlichkeit der Angeklagten viele Zweifel aufkommen ließ, haben sich auf Antrag des Justizrats Wronker zahlreiche Nervenärzte mit ihr beschäftigt und sind übereinstimmend zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie eine ganz abnorme Persönlichkeit ist, die erblich stark belastet ist und schon in ihrer frühen Jugend durch eine in unglaublicher Weise arbeitende Phantasie auffiel.

Der Nervenarzt Dr. Placzek und die langjährigen Hausärzte der Familie sind der Ueberzeugung, daß man es mit einer degenerativen psychopathischen Konstitution zu tun habe, die die Verantwortlichkeit für Straftaten ausschließt. Auch Medizinalrat Dr. Stoermer war zu dem Ergebnis gekommen, daß die Angeklagte erblich schwer belastet und geistig minderwertig sei, ihr aber der Schutz des § 52 St.-G.-B. nicht zur Seite stehe. Die Angeklagte ist auch in der Irrenanstalt Eberswalde beobachtet worden, deren Direktor Dr. Zinn gestern in einem ausführlichen Gutachten ein interessantes Bild von dem Seelenleben dieser merkwürdigen jungen Dame entwarf. Der Sachverständige kam zu dem Schluß, daß erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten bestehen.

Daß auf die geistigen Abnormitäten der Angeklagten auch Sexualempfindungen ihren Einfluß ausgeübt haben, zeigt die Tatsache, daß, nachdem sie sich vor zwei Jahren mit einem Beamten verheiratet hat, sie in glücklichster Ehe lebt und Mutter eines Kindes geworden ist und alle krankhaften Neigungen der geschilderten Art spurlos verschwunden sind. — Auf Grund des Gutachtens des Direktors Dr. Zinn beantragte Justizrat Wronker die Freisprechung der Angeklagten, auf die das Gericht auch erkannte.

•

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Aerzte, die sich mit dem Zustand dieser eigenartigen Person befaßt haben, auf Grund ihrer Untersuchungen zu ihrem Urteil gekommen sind, dennoch muß es auffallen, daß, wenn der § 52 des St.-G.-B. nicht zur Anwendung kommen kann, man zu einem Freispruch gelangen konnte. Wir müssen nun schon sagen, daß man nicht immer so verfährt. Wenn heute ein Familienvater oder ein Kriegsbeschä-

---

Wilhelm Lamszus: Der Leichenhügel, Gedichte während des Krieges, Pandora-Verlag, Leipzig.

Noch ist die schmerzerfüllte Weltbewegung, die Europas Menschheit durcheinanderschüttelte, nicht wieder zur Ruhe gekommen. Wie viel Arbeiterbrüder sind dabei alt, zermürbt, krank, pessimistisch, kopfhängerisch, nachdenklich, stumpf oder verzweifelt geworden! Die mögen diese 27 Gedichte von Lamszus lesen. Wie seine beiden vor dem Krieg verfaßten Kriegsbücher „Menschenschlachthaus" und „Irrenhaus" mit rücksichtsloser Deutlichkeit das wahre Gesicht des Krieges enthüllten, so reißen seine Gedichte ebenso heftig all unsere Narben wieder auf. Reißen sie schonungslos wieder auf! Sie versammeln die Schatten Eurer Männer und Brüder um Euren Lesetisch. Sie werden wieder lebendig Fleisch und Blut. Laßt Euch von diesen Gedichten schütteln, wenn der Dichter Euch die furchtbare Nähe der letzten Stunden unserer gefallenen Brüder erleben läßt. Laßt Euch zu dem ganzen weinenden Jammer hinreißen, wenn Lamszus die grenzenlose Verlassenheit der letzten Atemzüge der Gefallenen für Euch ausspricht. Der Dichter holt ihre weitentrückten Schatten wieder herauf. Er rettet sie alle in das Licht unserer Anschauungen. Es ist, als hielten wir mit diesen grimmigen Kriegsliedern ein Totenfest. Lamszus zwingt uns zur Andacht; aber seine Andacht ist nicht nur stilles Gefühl der Trauer. Seine Andacht richtet unsern Glauben wieder auf. Wer diese Gedichte liest, wird einen tiefen furchtbaren Blick tun in die Ungeheuerlichkeiten des Völkermassenmordes, wie es nur die Phantasie eines Dichters wie Lamszus vermag. A. J.

Kleine Chronik

Im Verlag Kiepenheuer, Potsdam, erscheint unter dem Titel „Das neue Buch" eine Serie wertvoller Romane, die durch verschiedene technische Voraussetzungen bei ungewöhnlich reizvoller Ausstattung zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise herauskommen konnten. Dünndruckpapier, farbige, handgestrichene Büttenpapiere als Einband, ein zarter, deutlicher Druck machen jedes Büchlein zu einem Kleinod. Bisher erschienen von Gogol „Mirgorod", „Abende auf dem Gute von Dikanka", und „Die toten Seelen". Preis 12—18 M., bei einem Umfang von mehr als 200 Seiten; die „Kreutzersonate" von Tolstoj, 12 M. Hamsuns „Hunger" 12 M.

Zeitschriftenschau

Für die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen ist das in Wien (Rechte Wienzeile 97) erscheinende Organ für sozialistisches Bildungswesen „Bildungsarbeit" ein unentbehrlicher Ratgeber. Jede Nummer enthält, neben grundsätzlichen Aufsätzen über die wichtigsten Tagesfragen, Dispositionen mit ausführlichen Literaturangaben für einzelne Vortragsreihen und zusammenfassende Buchbesprechungen für bestimmte Wissensgebiete. So enthält die letzterschienene Nr. 2/3 Dispositionen für eine Vortragsreihe über Sozialisierung und eine Uebersicht der neuesten Sozialisierungsliteratur. Die Zeitschrift erscheint einmal monatlich und kostet halbjährlich nur 10 M.

Im Verlag Paul Cassirer, Berlin, erscheinen die „Weißen Blätter" ab 1. Januar nicht mehr als Monatsschrift, sondern in zwangloser Folge als Sonderhefte, von denen jedes einen eigenen Herausgeber und ein eigenes Stoffgebiet hat. Das erste eben erschienene Heft ist von Prof. E. Lederer herausgegeben und behandelt die soziologischen Probleme der Gegenwart. Es enthält Beiträge von E. Bloch, E. Lederer, C. Brinkmann, G. Lükens und Lotte Mendelsohn. Besonders beachtenswert ist der Aufsatz Lederers über die Soziologie der Gewalt.

Das „Kunstblatt", herausgegeben von Paul Westheim, ist, dank der Bilder, die beste illustrierte Zeitschrift für die modernste Kunst. Ueber die Auswahl läßt sich manchmal streiten, aber als Ganzes bieten die Hefte ein prächtiges Illustrationsmaterial zur expressionistischen Kunstbewegung. Heft 1 bringt Bilder von Glaizes, Grosz Chagall. Heft 2 Bilder von Lhote, Archipenko, Klee, Kubin. Heft 3 Hans Braß, Poelzig, Munch. Heft 5 unter anderem sehr schöne altpersische Miniaturen.

„Kunst und Künstler" (Verlag Bruno Cassirer, Berlin) bringt in Heft 5 einen illustrierten Artikel von Professor Otto Kümmel „Die Kunst Ostasiens", in Heft 8 einen wertvollen, reich illustrierten Aufsatz von Bode über Botticellis Dantezeichnungen.

Neuerscheinungen

Eine Auswahl

Prof. Emil Abderhalden: Das Recht auf Gesundheit und die Pflicht, sie zu erhalten. 62 Seiten. Preis 6 M. Verlag S. Hirzel, Leipzig.

Max Barthel: Arbeiterseele. Verse von Fabrik, Landstraße, Wanderschaft, Krieg und Revolution. 152 Seiten. Preis 8 M. Verlag Eugen Diederichs, Jena.

Rudolf Blümner: Der Geist des Kubismus und die Künste. 70 Seiten. Preis 18 M. Verlag der Sturm, Berlin.

William Cohn: Jüdische Plastik. 87 Seiten Text und 181 Tafeln Abbildungen. Preis 60 M. Bruno Cassirer, Verlag, Berlin.

Arthur Crispien: Ueberflüssige Menschen. Preis 3 M. Verlag Buchhandlung Freiheit, Berlin C. 2.

Ernst Drahn: Führer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus. 75 Seiten. Preis 4,25 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.

Wilhelm Hausenstein: Bild und Gemeinschaft. Entwurf einer Soziologie der Kunst. 108 Seiten. Preis 7,50 M. Kurt Wolff, Verlag, München.

Arno Holz: Buch der Zeit. Lieder eines Modernen. Endgültige Ausgabe. 327 Seiten. Preis 20 M. Sibyllen-Verlag, Dresden.

Herbert Jhering: Regisseure und Bühnenmaler. Mit Zeichnungen von Ludwig Meidner. 91 Seiten. Preis 30 M. Bibliophiler Verlag O. Goldschmidt-Gabrielli, Berlin-Wilmersdorf.

Harry Graf Kessler: Wiedergutmachung und Arbeiterschaft. Rede gehalten in Barmen-Elberfeld am 14. März 1921. 25 Seiten. Preis 2 M. Verlag Friede durch Recht, Stuttgart.

Otto Kümmel: Die Kunst Ostasiens. 48 Seiten Text, 108 Tafeln und 5 Textabbildungen. Preis 15 M. Bruno Cassirer, Verlag, Berlin.

August Strindberg: Ein drittes Vlanbuch. Nebst dem nachgelassenen Vlanbuch. Uebertragen von Emil Schering. Zirka 450 Seiten. Preis 14 M. Verlag Georg Müller, München.

Leo Tolstoi: Vierzig Jahre. Deutsch von Korfiz Holm. Mit zehn Steinzeichnungen von Adolf Schorling. 81 Seiten. Musarion-Verlag, München.

Viktor Tschernow: Meine Schicksale in Sowjet-Rußland. Preis 9,50 M. Verlag „Der Firn", Berlin W 35.

Voltaire: Mein Aufenthalt in Berlin. Herausgegeben und übersetzt von Hans Jacob. 84 Seiten. Preis 14,50 M. Verlag O. C. Recht, München.

Emil Waldmann: Tintoretto, mit 91 Abbildungen. Preis 40 M. 79 Seiten. Verlag Bruno Cassirer, Berlin.

digter, der lange Zeit arbeitslos, in große Not geraten ist, sich zu einem solchen Vergehen hinreißen läßt, nur um die hungernden Kinder zu stillen, dann wird man ihm keinen Schutz zur Seite stellen, sondern wird ihn verurteilen, damit der „Gerechtigkeit" Genüge geschieht. Es zeigt sich auch hier wieder einmal die Notwendigkeit der Reform des Strafrechts.

Spielteufel

Der 51jährige frühere Schneidermeister, jetzige Zeitungsausträger Hermann Schober hatte sich unter der Anklage des Mordversuchs vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten. Der Angeklagte, welcher früher in guten Verhältnissen lebte, hat während des Krieges seine Ersparnisse verloren und war schließlich gezwungen, um den Lebensunterhalt für sich und seine zwei Kinder heranzuschaffen, Zeitungen auszutragen. Zu seinem Unglück wurde er mit Leuten bekannt, welche auf der Rennbahn weilten und in ihm wurde der Gedanke, daß er auf diese Weise auch wieder hochkommen könnte, bald zur fixen Idee. Er legte einen Teil seines geringen Verdienstes beim Buchmacher an und verlor. Eines Tages hatte die Familie kein Brot mehr und Sch. ließ sich verleiten, 160 einkassierte Abonnementsgelder für sich zu behalten. Um der drohenden Anzeige zu entgehen, wandte er sich an einen bemittelten Freund, den Händler Pehn, der aber dem Spieler, der ihm nicht die Wahrheit gesagt hatte, sein Ersuchen abschlug. In dieser heiklen Situation ließen den Angeklagten die Nerven in Stich und er schritt zur Ausführung eines schlimmen Planes. Er suchte den P. in seiner Laube auf, und schlug ihn mit einem Hammer auf den Kopf, wurde aber von dem Ueberfallenen sofort gepackt, festgehalten und der Polizei übergeben. — Gerichtsarzt Dr. L. Hirsch, welcher den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht hatte, bezeichnete diesen als einen willensschwachen, trotzdem aber zu Affekthandlungen neigenden Menschen von verminderter Zurechnungsfähigkeit. Das Urteil lautete demgemäß wegen versuchten Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten der Untersuchungshaft.

Dieser Vorfall zeigt mit aller Deutlichkeit, wohin die Wettleidenschaft führen kann. Leider muß gesagt werden, daß gerade in den Kreisen der Arbeiterschaft das „Tippen für einen guten Läufer" bedenkliche Formen angenommen hat. Wir möchten endlich jene Arbeiter ersuchen, von dieser verderblichen Leidenschaft abzulassen, die tatsächlich ganze Familien ins Unglück stürzt.

Die geplanten „Elektrobusse"

Zu der geplanten Einführung von Elektro-Kraftomnibuslinien erhalten wir folgende Mitteilungen: Im November vorigen Jahres traten verschiedene Gesellschaften an den Magistrat heran und ersuchten um Zulassung von Kraftomnibuslinien in Groß-Berlin. Nach langen Verhandlungen erschien der Verkehrsdeputation das Projekt der Einführung von elektrischen Omnibussen, das die Deutsche Elektro-Kraftomnibusgesellschaft eingereicht hatte, als sehr günstig. Diese Gesellschaft verpflichtete sich, dem Magistrat für die Benutzung der Straßen, Aufstellung von Haltestellen usw. hohe Beträge zu zahlen und außerdem die Stadt an der Reklame, die neuartig gestaltet und beleuchtet werden soll, zu beteiligen, wofür der Stadt Berlin allein 300 000 M. jährlich garantiert werden sollen. Bisher sind drei Linien für Berlin geplant, die ihren Ausgangspunkt in Moabit haben sollen, weil dort die elektrische Ladestationen für Akkumulatoren eingerichtet werden dürften. Es muß für sämtliche Linien ein einheitlicher Ausgangspunkt gewählt werden, weil die Wagen nur dreimal hin- und herfahren können, und dann wieder neu geladen werden müßten. Durch diese neuen Kraftomnibuslinien würde für Moabit ein ganz besonders gutes Verkehrsmittel geschaffen, durch das die Bewohner dieses Stadtteils zu den eigentlich nahegelegenen, aber durch die Straßenbahnen nur nach langen Umwegen zu erreichenden Verkehrspunkten gelangen könnten.

Die drei Linien, die in Aussicht genommen sind, sollen von Moabit über Charlottenburg (Knie), Zoologischer Garten, Bayerischen Platz, Rathaus Schöneberg nach Friedenau, die zweite von Moabit über Hansaplatz, Großer Stern, Tiergartenstraße, Voßstraße, Spittelmarkt und Wallstraße nach dem Schlesischen Bahnhof, und die dritte von Moabit über die Moltke-Brücke, Karlsplatz, Wilhelmstraße zum Belle-Alliance-Platz führen. Die Fahrpreise werden denjenigen der Allgemeinen Omnibusgesellschaft gleichkommen und 1 bis 2 Mark betragen. Durch diese Linien wird der Straßenbahn kein Abbruch getan werden, da die Omnibusse meistens Straßenzüge durchfahren würden, die von der Straßenbahn nicht benutzt werden. Vorläufig hat die Verkehrsdeputation jedoch noch davon Abstand genommen, dem neuen Projekt ihre Zustimmung zu geben, da sie die jetzige wirtschaftliche Lage als nicht gegeben für eine derartige Neueinrichtung ansieht. In den nächsten Sitzungen der Verkehrsdeputation soll jedoch die Frage weiter behandelt werden. Falls die Genehmigung dazu bald erteilt werden sollte, hofft die neue Gesellschaft, den Betrieb auf den drei Linien bereits im September aufnehmen zu können.

** **Die Umstellung der 10 Berliner Wohnungs-Inspektionen auf** die 6 Bezirke hat folgende Aenderungen notwendig gemacht. Für jeden Verwaltungsbezirk werden 2 Wohnungsämter eingerichtet, die entsprechend der Ziffer des Bezirks mit dem Zusatz a und b benannt werden. Ihre Diensträume sind folgende: Wohnungsamt 1a, Alexanderstraße 24, 1b Chausseestr. 131, 2a Potsdamer Straße 40, 2b Bremer Straße 9, 3a Utrechter Straße 31, 3b Badstraße 35/36, 4a Weinbergsweg 12, 4b Prenzlauer Straße 35, 5a Ebelingstraße 17, 5b Stralauer Platz 30-31, 6a Kottbuser Straße 19, 6b Hollmannstraße 15. Die örtliche Zuständigkeit ist in den Wohnungsämtern und Polizeirevieren zu erfragen.

Mandatsniederlegung. Der Rechtssozialist Abg. Fröhlich hat sein Mandat als Stadtverordneter und als Stadtrat des Bezirksamts Prenzlauer Tor vor einigen Tagen niedergelegt.

** **Waldbrand bei Paulsborn.** Aus noch nicht aufgeklärter Ursache geriet in der Nähe des Jagdschlosses Paulsborn im Grunewald-Forst eine Schonung in Brand, durch den etwa 400 Quadratmeter junger Baumbestand vollständig vernichtet wurde. Die alarmierte Feuerwehr konnte erst nach zweistündiger Tätigkeit wieder abrücken.

Die „Scala" teilt uns mit, daß sie, entgegen den umlaufenden Gerüchten, nach wie vor als Varieté-Bühne weitergeführt wird. Es liegt gar keine Veranlassung zur Umwandlung in ein Kino-Theater vor, um so mehr, als bereits bis 1923 laufende Verträge mit erstklassigen Kunstkräften des In- und Auslandes getätigt sind. Die „Scala" spielt bis 30. Juni, schließt dann zwei Monate, des Hochsommers wegen, und eröffnet wieder ihre Pforten am 1. September. Während der Monate Juli-August ist allerdings die „Scala" an eine Sommer-Direktion verpachtet, welch letztere Veranstaltungen jeglicher Art arrangiert.

** **Beim Baden ertranken** in Plötzensee der 30 Jahre alte Artist Paul Dobschinski, der Sohn eines Restaurateurs aus der Schivelbeinerstraße 21, und der 17 Jahre alte Arbeitsbursche Willy Weiland aus der Schulstraße 66. — Unbekannt aus dem Wasser gelandet wurden drei Frauen, eine an der Pfaueninsel in der Nähe des Wannsees, die zweite aus dem Schiffahrtskanal in Neukölln, die dritte an der Fischerbrücke aus der Spree und ein Mann aus dem Spandauer Schiffahrtskanal. Die erste Frau ist etwa 30 bis 33 Jahre alt und 1,60 Meter groß und trug ein braunes Kostüm, eine weißseidene Bluse und schwarze Halbschuhe. Die zweite zählt etwa 25 Jahre, ist 1,70 Meter groß und schlank, hat blondes Haar, Narben am Unterkiefer und an der rechten Halsseite, und trug ein helles Sommerkleid, halbe Schnürschuhe und eine Brosche mit roten Steinen. Die dritte, ein junges Mädchen von etwa 18 bis 20 Jahren, hat blondes Haar und trug ein graues, langes Jackett mit Gürtel, eine grüne Bluse und schwarze Halbschuhe. Bei ihr fand man eine Stadtbahnkarte auf den Namen Martha Fischer. Der unbekannte Mann ist etwa 50 Jahre alt und 1,69 Meter groß und hat einen Schnurrbart und auf dem rechten Unterarm Tätowierungen, die zwei verschlungene Hände mit den Buchstaben F. G., darunter eine Krone, zwei gekreuzte, auf gepflanzte Gewehre und einen Helm darstellen. Ob in allen diesen Fällen ein Unglück oder Selbstmord vorliegt, läßt sich noch nicht sagen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Etwas kühler, veränderlich, überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und größtenteils schwachen vorherrschend südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Arbeitslose, übt Vorsicht!

Die Inseraten-Plantagen der bürgerlichen Presse sind voll mit irreführenden Schwindelinseraten, die darauf ausgehen, die Arbeitslosen zu — rupfen. Der „Lokal-Anzeiger" bringt u. a. folgende Annonce:

> **200 M. monatlich.**
> Fahrgeldvergütung und hohe Umsatzprovisionen für leichte Nebentätigkeit bei Privatkundschaft. Bisheriger Beruf gleichgültig; Anlernung erfolgt durch Fachleute. Persönliche Vorstellung 10—3 mit Legitimation und Lichtbildern. Union, Schmidstr. 13.

Unser Gewährsmann, der bei der Firma vorsprach, teilt uns mit, daß die Fahrgeldvergütung erst nach Einbringung von fünf Aufträgen gewährt wird. Desgleichen wird der Gehalt von 3000 Mark von 200 Aufträgen abhängig gemacht. — In der gleichen Zeitung erschien folgendes Inserat eines „Verkehrsunternehmens":

> **Sichere Stellung**
> mit sehr gutem Einkommen und angenehmer Tätigkeit wird gebildetem Herrn im Außendienst eines bekannten Verkehrsunternehmens geboten. Persönliche Vorstellung am Mittwoch, den 25. Mai, 10—1 Uhr, Derfflingerstr. Nr. 5 pt.

Das bekannte Verkehrsunternehmen entpuppte sich als die Lloyd-Versicherungs-Akt.-Ges. Eine Menge Stellungsloser meldeten sich und fielen natürlich auf das „Verkehrsunternehmen" hinein, die, wenn sie gewußt hätten, daß es sich um eine Versicherungsgesellschaft handelt, sich erst gar nicht dorthin bemüht und sich ihr Fahrgeld erspart hätten. Auf diesen Schwindel fiel auch ein besser Situierter herein, der mit einem — Auto sogar ankam.

Die Genasführten haben Strafantrag gegen diese Firma gestellt. Wir möchten deshalb ausdrücklich warnen vor solchen Reppinseraten, und wer sich vor Schaden bewahren will, der möge auf solchen Schwindel erst gar nicht reagieren.

Ungerechtfertigte Entlassung

Wir erhalten Kenntnis von folgender interessanten Streitsache:

Im November 1920 hatte die Fa. Handwerksbetrieb G. m. b. H., Voßstraße 8 (Tochtergesellschaft des Warenhauses A. Wertheim), zwei Gärtner entlassen, nachdem vorher verkürzt gearbeitet worden war. Am Tage nach der Entlassung wurde von den übrigen Gärtnern wieder voll gearbeitet. Der Betriebsrat hatte darin einen Verstoß gegen die Verordnung vom Februar 1920 erblickt, gleichzeitig aber auch als unbillige Härte (nach § 84, 4 des B. G. G.) angesehen, und wurde dieserhalb der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen.

Nach mehreren Sitzungen wurde folgender Vergleichsvorschlag seitens des Schlichtungsausschusses empfohlen: Beschwerdeführer werden sofort wieder als Gärtner eingestellt und erhalten eine Entschädigung von 1600 M. bzw. 1300 M., außerdem verpflichtet sich die Fa., die evtl. empfangene Erwerbslosenunterstützung an die Stadt zurückzuzahlen. Dieser Vorschlag wurde von seiten der Fa. nicht beantwortet. Der Schlichtungsausschuß mußte sich nun noch zweimal mit dieser Angelegenheit befassen und kam dann zu folgender Entscheidung: Die zum 11. November 1920 ausgesprochenen Kündigungen sind unwirksam. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Antragsteller weiter zu beschäftigen oder ihnen eine Entschädigung von 5940,40 M. bzw. 2995,20 M. zu zahlen.

Um zu dieser Entscheidung zu gelangen, gebrauchte der Schlichtungsausschuß 4½ Monate.

Obwohl nach Aussagen der Firmenvertreter vor dem Schlichtungsausschuß Arbeit vorhanden ist, ist die Wiedereinstellung abgelehnt worden, weil unserer Ansicht nach der nachzuzahlende Lohn mehr ausmacht, als die Entschädigung beträgt.

Es wird weiter Beschwerde gegen obige Firma wegen fristloser Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes geführt, die nun beim Gewerbegericht angefochten wird.

Gleichzeitig möchten wir noch erwähnen, daß die Firma ein Betriebsratsmitglied fristlos entlassen hat wegen angeblicher Beleidigung des technischen Leiters. Nach Aussage der Betriebsleitung hatte man es sowieso im Auge, das Mitglied auf gütigem Wege loszuwerden. Bei einem Wortgefecht glaubte man nun, den Stein der Weisen gefunden zu haben und vollführte diese Heldentat. In dieser Angelegenheit schwebt die Klage vor dem Gewerbegericht.

Neuregelung der Lohnsätze in der Essig-Industrie. Die in den Groß-Berliner Essigfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher, welche restlos dem Deutschen Transportarbeiter-Verband als Mitglieder angehören, hatten ihre Lohnsätze nach den Bestimmungen des bestehenden Tarifvertrages dem Verein der Arbeitgeber gekündigt. Die gezahlten Lohnsätze, die im Verhältnis zu ähnlichen Betrieben nicht hohe sind, bedingten eine durchaus angemessene Erhöhung. Gefordert wurden im Durchschnitt 75 Pf. pro Stunde mehr. Bevor Verhandlungen stattfanden, verlangte die Arbeitgebervereinigung zu wissen, aus welchen Erwägungen heraus die Organisation beauftragt war, angesichts der augenblicklichen ernsten wirtschaftlichen Lage der Industrie, gerade jetzt Lohnforderungen zu stellen. Nach erfolgtem Schriftwechsel haben dann Verhandlungen zwischen den vertragschließenden Parteien stattgefunden. Nach längeren Auseinandersetzungen wurden einige Zugeständnisse, wenn auch immerhin nur minimale, gemacht; die Frauen sollten sogar erst ganz leer ausgehen. Die Lohnsätze stellen sich nunmehr vom 15. 5. ab wie folgt: Essigarbeiter 30 Pf. Zuschlag = 5,80 M. p. Stunde; Hof- und Hilfsarbeiter 30 Pf. Zuschlag = 5,20 p. Stunde; Jugendliche 25 Pf. Zuschlag = 3,75 M. p. Stunde; Frauen 20 Pf. Zuschlag = 3,60 M. p. Stunde; Kutscher 15 M. pro Woche = 295 M. pro Woche. In der Versammlung wurden die niedrigen Zuschläge bemängelt, eine Kampfesstimmung war andererseits jedoch nicht vorhanden, so daß die neuen Lohnsätze gegen eine nicht erhebliche Minderheit angenommen wurden.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 28. Mai

16. Bezirk. Abends ½7 Uhr Zusammenkunft der Kinderschutz- und Frauenarbeitskommission bei Darlehen, Bergsdorffstr. 13.

Montag, 30. Mai

Kassenrevisorenschaft. A. G. P. D.-Aufsichtsrats- und Genossenschaftsratsmitglieder. Abends 8 Uhr findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine Zusammenkunft statt. Erscheinen unbedingt notwendig.

Vereinskalender

Sonnabend, 28. Mai

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Spandau. Abends 8 Uhr wichtige Versammlung im Schützenhaus. — Sonntag, 12 Uhr, Schützenhaus, Start zum Reichsarbeitersporttag.

Arbeitersport

Demonstration zum Reichsarbeitersporttag. Der Sammelpunkt Askanischer Platz ist infolge der Bannmeile eingezogen. Alle Teilnehmer treffen sich auf dem Belle-Alliance-Platz.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeliner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Dampfer-Extrafahrten
Ab Waisenbrücke Neu-Kölln a. Wasser
Jeden Mittwoch und Sonntag
nach Teupitz (Tornows Idyll) / Abfahrt 8 Uhr morgens
An Vereine, Gewerksch. u. Schulen sind Dampfer billig zu vergeb.
Tel. Alexander 6325 Langwaldt & Schmolke

Kehre zurück
zu guter Friedensgepflogenheit. Sie werden sich
alles vergeben
nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Neuanschaffung bei Wallach & Schubert, C 2, Breite Straße 5, Hof links, vorzusprechen. Dort kaufen auch Private!

Fertig	Nach Maß konfektioniert	Vom Maßschneider
Anzüge 350-650	600-900	800-1200
Schlüpfer 465	575	600-800

aus nur soliden Stoffen in bester, moderner Ausführung.
Telephon: Zentrum 8360.

Preiswert und gut
kauft man
Damen- u. Herren-Stoffe
im
Tuchhaus M. E. FREITAG
Berlin, Molkenmarkt 14/15
Homespuns und Schlüpfer, die große Mode
Anzug- und Covercoatstoffe von M. 35 bis M. 200.

BOTENFRAUEN
stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit"
Breite Straße 8-9

stellt sofort ein
Botenfrauen Spedit. Johannisstr. 9
(Ecke Artilleriestr.)

Gute billige Bücher
für
Reise und Sommerfrische

Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignan
Von Honoré de Balzac . . . . . Preis 1.50 Mk.
Absaloms Haar
Von Björnstjerne Björnson . . . . . Preis 1.50 Mk.
Der Hochwald
Von Adalbert Stifter . . . . . Preis 1.50 Mk.
Der Schimmelreiter
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.
Immensee
Von Theodor Storm . . . . . Preis 1.50 Mk.
Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte
gebunden 3.— Mk.
Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe
gebunden 3.— Mk.
Weiße Nächte
Von Dostojewski . . . . . Preis 1.80 Mk.
Ueber See und Heide
Von Paul Zohn . . . . . gebunden 8.— Mk.
Der Krötenteich
Von Konrad Loele . . . . . gebunden 8.— Mk.
Der Weg zum Haß
Von Konrad Loele . . . . . gebunden 11.— Mk.

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 / Breite Straße 8—9.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Im Leihhaus Rosenberg, Rosenthaler Straße 14, kaufen Sie zu billigsten Preisen die modernsten Jackettanzüge, Gesellschaftsanzüge, Gummimäntel, Hosen, auch wenig getragen. Groß. Post. Militärhosen (keine Lombardwaren), Damenkostüme, Röcke, Seidenblusen.

Dezimalwagen, 100 bis 500 Kilogramm verkauft Heinrichs, Beerenstraße 14, vorn 12.

Kleide dich billig, elegant! Jackettanzüge, Cheviots, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200.—, jetzt 400.— bis 800.—, Covercoat-Paletots, blaue Kammgarnanzüge; ferner Damenkostüme, Damenmäntel enorm billig, wegen Saisonende 50 Prozent herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Blaufüchse, Weißfüchse, Silberfüchse. Keine Lombardwaren. Leihhaus Moritzplatz 58a

Günstige Kaufgelegenheit. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 200.—, Jünglingsanzüge 185.—. Ruß, Wilhelmstraße 40a, Kochstraßenecke.

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 8741).

Abessinier, Roller, Filter, Ersatzteile. Köchlin & Co. Berlin, Alte Jakobstraße 20/22.

Anzüge, Extraanfertigung, infolge ungewöhnlich billiger Stoffgroßkäufe 500.— Werkstatt Elsasser Straße zwanzig, hochparterre.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Möbel

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 100,— Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 100.—, Kinderdrahtbett. Meiche, Auguststr. 32a, Dugb.

Chaiselongues 200,— bis 575,—, Umbaupliischsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Mantenffelstr.) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Glühlampen, Spulendrähte kauft Installations-Geschäft Elsasser Str. 32. Tel. Norden 8243

Photoapparate, Prismenbinokel, Objektive kauft Engel, Andreasstraße 40.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5063

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 258.

Fahrradgummi, konkurrenzlose Preise, Riesenauswahl, nur im Engroslager, kein Laden. Laufmäntel 28, 40, 45, Jahresgarantie 65, Gelegenheitsposten, Drahtdecken f. Holzfelgen 35, 45, Schmutzfänger, Garnitur 12, Fahrräder billig. Gummi Palm, Gormannstr. 1, Ecke Weinmeister.

Reparaturwerkstatt. Fachgemäß! Preiswert! Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Fahrräder! Riesenauswahl guterhaltener Brennaborräder, Adlerräder, Dürkopräder, Wanderervräder, Multiplexräder beispiellos preiswert. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Konkurrenzlose Riesenauswahl, Jahresgarantie, besonders preiswert. Konkurrenzgummi 40.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradankauf Linienstraße 19.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H. Lübecker Str. 16, Hansa 227.

Kugellager, Kugeln kauft dringend Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461).

Bohrfabrikate, Pallazeitbohrer, Kugellager, Werkzeuge kauft Richa, Schiffbauerdamm 37.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Schrauben Strausberger Straße 44.

Kugellager kauft jeden Posten Werkzeughandlung Reinickendorfer Straße 68.

Ansiedelungen

Basdorf-Wandlitz, Acker a. Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Häffen, Steglitz, Bismarckstr. 11, Fernsprecher 2894.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Geld darlehen, Ratenrückzahlung, Richter, Ritterstraße 100.

Genossen werbt für die „Freiheit"!